



Die digitale Welt



Ein schwieriger Raum für alte Menschen

Die Digitalisierung aller Lebensbereiche führt vielfach zu Altersdiskriminierung.

Dass der Alltag für die meisten Menschen nicht mehr ohne Smartphone denkbar ist, ist Tatsache geworden. Allerdings gibt es Sektoren der Gesellschaft, für die die digitale Kommunikation keine Erleichterung des Lebens, sondern – im Gegenteil – eine Belastung, ja eine Hürde im Alltagsleben darstellt. Das gilt insbesondere für viele ältere und alte, gebrechliche und behinderte Menschen. Natürlich gibt es auch für diese Menschen erlebbare Fortschritte durch digitale Kommunikation und Entwicklungen, etwa Vorlesemaschinen für Sehbehinderte und Blinde, die beliebige gedruckte Texte zugänglich machen.

Auch ELGA, die elektronische Gesundheitsakte, kann hier genannt werden.

Das Problem beginnt allerdings, wenn notwendige Kommunikation von analog auf digital umgestellt wird und jede_r Einzelne vor der Frage steht: Friss Vogel oder stirb. In der Pandemiezeit etwa waren bei den meisten Ämtern Termine nur über digitale Kommunikation zu bekommen, einschließlich von Impfterminen. Viele Behörden sind dazu übergegangen, Antragstellungen nur über digitale Kommunikation zuzulassen, einschließlich solcher die die Inanspruchnahme gesetzlich verbrieft

ter Rechte bedeuten. Eine große Rolle spielt die fortschreitende und rücksichtslose Digitalisierung aller Verwaltungsvorgänge, die gerade auch bei Antragsstellungen viele ältere Menschen, die damit nicht zurechtkommen oder nicht zurechtkommen können, ausgrenzt und /oder von der Wahrnehmung von verbrieften Rechten und Zuwendungen ausschließt.

Je älter, desto ferner der digitalen Welt

Untersuchungen ergaben, dass neben fehlendem Internetzugang, fehlenden **>> Seite 2**

Aus dem Österreichischen Seniorenrat

» Einrichtungen wie Smartphone, Computer und dergleichen, sowie fehlender Fertigkeit in der Handhabung dieser Geräte, die größten Barrieren bei der Nutzung elektronischer Geräte darstellen.

Ein weiteres Problem stellt auch die altersbedingte Armut dar, wenn viele ihre Erwerbstätigkeit nicht mehr ausüben. Dann werden die Anschaffung der Geräte oder die Tarife fürs Handy oder die Netznutzung zu einem finanziellen Problem. Zudem verkleinern sich die persönlichen, analogen sozialen Netzwerke, da durch das Auscheiden aus dem Arbeitsprozess der Kontakt zu Kolleginnen und Kollegen verloren geht, was eben durch soziale Medien kaum ersetzt oder ausgeglichen werden kann.

Digital vor ambulant vor stationär?

Eine Gefahr mit neuen digitalen Hürden entsteht möglicherweise beim Zugang zum Gesundheitssystem. Die von allen beteiligten Instanzen – Regierung, Länder, Sozialversicherung – propagierte Losung: „Digital vor ambulant vor stationär“ lässt Schlimmes befürchten. Bekommt in Zukunft nur einen Arzttermin, wer vorher die Telefonnummer 1450 konsultiert hat?

Gibt es in Zukunft in erster Linie nur mehr Zoom-Beratung und E-Health-Services (elektronische Gesundheitsdienstleistungen) anstatt persönlicher Begutachtung und Betreuung durch ÄrztInnen? Die Entpersönlichung ärztlicher Dienstleistungen wird weder das Vertrauen stärken noch den Zugang zum Gesundheitswesen niederschwellig halten noch eine Verbesserung für ältere Menschen darstellen. ■

In der Sitzung des Vorstands des Österreichischen Seniorenrates Ende September stand die Diskussion um finanzielle Anreize für die Beschäftigung von PensionistInnen im Mittelpunkt.

Vor dem Hintergrund der Klagen in der österreichischen Wirtschaft über den Facharbeitermangel drängt vor allem der ÖVP-Seniorenbund darauf, Einkommen aus der Berufstätigkeit von SeniorInnen nach dem 65. Lebensjahr finanziell besser zu stellen, indem die Pensionsversicherungsbeiträge erlassen werden. Dem widersprach der SPÖ-nahe Pensionistenverband, der sich eine Begünstigung nur über eine steuerliche Maßnahme vorstellen kann, um eine Ungleichbehandlung von Einkommen zu vermeiden und das Sozialversicherungssystem nicht zu schwächen.

VertreterInnen der Gewerkschaft wiesen darauf hin, dass der Wunsch, nach dem Pensionsantritt weiter beruflich aktiv zu sein, überschaubar gering ist und es sich hauptsächlich um ein Anliegen ehemals Selbständiger handelt, die für sich einen entsprechenden Arbeitsplatz in der Pension reservieren können. Außerdem wurde darauf hingewiesen, dass Frauen sowieso ab nächstem Jahr länger arbeiten müssen, da das gesetzliche Antrittsalter für Frauen schrittweise erhöht wird. Da man sich nicht einigen konnte – für einen Beschluss des Seniorenrates ist eine Zweidrittelmehrheit, d.h. die Zustimmung sowohl des SP-Verbandes als auch des VP-Bundes erforderlich –, kam auch kein Beschluss dazu zustande.

Als einziges Ergebnis gab es den Beschluss, den für einen Verbleib im Erwerbsleben über das gesetzliche Pensionsalter hinaus zu gewährenden



Bonus auf 5,1% zu erhöhen und damit die Gleichstellung mit dem Malus von 5,1% für den vorzeitigen Pensionsantritt zu erreichen.

Ein Beschluss bedeutet allerdings nur, dass dieser als Wunsch des Seniorenrates bei Gelegenheit an die Regierung herangetragen wird.

ZVPÖ fordert Abschaffung des Familienrichtsatzes für die Ausgleichszulage.

Der Vertreter des ZVPÖ, Michael Graber, forderte in der Sitzung den Familienrichtsatz für die Ausgleichszulage abzuschaffen, da dieser für viele Frauen mit geringer Pension eine eigenständige Ausgleichszulage verhindert, wenn das gemeinsame Einkommen zwischen den PartnerInnen – in der Regel mit der Pension des Mannes – den Familienrichtsatz übersteigt. Frauen werden dadurch doppelt benachteiligt: Erstens verdienen sie wesentlich weniger, was zu einer um über 40% niedrigeren Pension im Vergleich zu jener der Männer führt und zweitens können sie wegen des Familienrichtsatzes nicht zumindest die Ausgleichszulage erhalten, die sowieso noch immer unter der offiziellen Armutsschwelle liegt. ■

Besuchen Sie unsere Website.

Aktuelle Themen und Termine gibt's unter

www.zvpoe.at



ZVPÖ



Die Pensionistin spricht...

Frauen im Pensionssystem

Allerortens ist die Rede von horrenden Pensionskosten, es müsse dringend gespart werden. Zeit also, einen Blick auf die Finanzierung des Pensionssystems zu werfen, speziell auch darauf, wie Frauen darin verortet sind. Wir erinnern uns: Von der blau-schwarzen Pensionsreform 2003 waren vor allem Frauen negativ betroffen, da nun nicht mehr die besten fünfzehn Beitragsjahre zur Berechnung der Pensionshöhe herangezogen, sondern der Durchrechnungszeitraum auf 40 Jahre ausgedehnt wurde. Das Resultat ist die allseits beklagte Altersarmut von Frauen.

Das Umlageverfahren sieht vor, dass die Pensionen zu ca. je einem Drittel aus den Beiträgen der ArbeitnehmerInnen, der Arbeitgeber und des Bundes finanziert werden, wobei der aus dem Budget finanzierte Anteil (ca. 11,3 Mrd. € im Jahr 2020) der Angriffspunkt Nummer 1 derjenigen ist, die vom klaffenden Pensionsloch sprechen.

**Hilde Grammel**

Zum Einsatz von Steuermitteln in der Pensionsversicherung

Doch wie setzt sich der aus dem Budget finanzierte Anteil an den Pensionen zusammen und worauf genau könnten es die Propagandisten der Horrorzahlen abgesehen haben? Sind es die Kosten, die im Rahmen der Ausfallhaftung (Gesundheitsvorsorge, Reha, Beiträge an die Krankenversicherung für PensionistInnen und Hinterbliebenenpensionen) anfallen? Oder ist es der „Bundeszuschuss für gesellschaftliche Anliegen“, also jene Aufgaben, die die Pensionsversicherung für den Staat erbringt und die dem sozialen Ausgleich dienen? Es handelt sich dabei um die Abdeckung jener Zeiten, in denen Versicherte selbst keine Beiträge in die Pensionsversicherung einzahlen können, „Teilpflichtversicherungszeiten“. Hier sind vor allem Frauen die Begünstigten, Kindererziehungszeiten und Zeiten des Wochengeldbezugs werden angerechnet. Abgedeckt sind weiters Zeiten des Krankengeldbezugs, der Arbeitslosigkeit und des Präsenz- oder Zivildienstes. Außerdem zählen jene Steuermittel dazu, die der Pensionsversicherung für die Abwicklung der Ausgleichszulage zur Verfügung gestellt werden – die Mehrheit der BezieherInnen von Ausgleichszulagen sind bekanntlich Frauen, da deren Pensionen oft so niedrig sind, dass sie nicht einmal die Mindestpension erreichen. Die Mittel, die 2020 die PVA (Pensionsversicherungsanstalt) aus dem Budget für die Abgeltung der Ausgaben für die Ausgleichszulage und als Beiträge für die Teilpflichtversicherung erhalten hat, machten in Summe € 2,1 Mrd. aus. Für die Ausfallhaftung fielen 8,5 Mrd. an, für die Partnerleistung (Subventionierung der niedrigen Beiträge der Selbstständigen und BäuerInnen) € 618 Mio. Viel Einsparpotential ist hier also nicht in Sicht.

Aufgrund von Teuerung und Inflation werden sich die hier genannten Zahlen nach oben verschieben. So rechnet etwa Winfried Pinggera, Direktor der PVA, ursprünglich

ein Schützling von Wolfgang Schüssel und aus der Jungen Wirtschaft Niederösterreich kommend, für 2024 mit einem Bundesanteil an den Pensionen von € 14,1 Mrd. Erst am 5. Oktober dieses Jahres hatte sich Pinggera im Kreise von Lobbyisten aus der Versicherungswirtschaft, die private Vorsorge- und Betriebspensionen für die Reichen und Schönen vertreiben, für eine Anhebung des Pensionsantrittsalters stark gemacht. Auch der nun wegen der hohen Inflation höhere Pensionsanpassungsfaktor, der ab 2024 dauerhaft zum Tragen kommt und seiner Meinung nach Kosten von drei Mrd. € verursache, findet sein Missfallen. Abgesehen davon, dass man sich vom Direktor der PVA mehr Einsatz für die Verteidigung des öffentlichen Pensionssystems erwarten kann, verschweigt er geflissentlich, dass die PensionistInnen höhere Lohnsteuer und auf Grund der Inflation auch höhere Mehrwertsteuer zahlen, sodass netto dem Staat die Pensionen keine € 3 Mrd. mehr kosten werden.

Die frauenpolitische Schlagseite der Pensionskürzungsdebatte

Ein besonderer Dorn im Auge ist Pinggera, dass Frauen von der Erhöhung des Frauenpensionsalters ab 2024 um einen Monat später betroffen sein werden – dies alleine, meint er, würde über zehn Jahre eine Mrd. Euro an Mehrkosten verursachen. Was genau meint er damit? Ursprünglich wäre es so gewesen, dass bereits Frauen, die ab dem 2. Dezember 1963 geboren sind, ein höheres gesetzliches Pensionsantrittsalter gehabt hätten und frühestens Mitte 2024 in Pension hätten gehen können. Jetzt ist dies schon ab 1.1.2024 möglich.

Weiters rechnet Pinggera vor, dass die bereits beschlossene Aussetzung der Aliquotierung* der ersten Pensionsanpassung für zwei Jahre und die dadurch gesicherte vollständige Inflationsabgeltung für alle 2023 und 2024 ihre Pension Antretenden, längerfristig zwei Mrd. Euro mehr koste. Die Aliquotierung hätte Frauen ab dem kommenden Jahr um die Pensionsanpassung gebracht, da sie aufgrund der Angleichung des Frauenpensionsantrittsalters erst in der zweiten Jahreshälfte in Pension gehen. Die Aliquotierung ist momentan nur für zwei Jahre ausgesetzt, weshalb wir wachsam bleiben müssen. ■

Hilde Grammel
ist Mitglied im Bundesvorstand des ZVPÖ

*) Aliquotierung bedeutet, dass die erst im Jahr nach Pensionsantritt erfolgende Pensionsanpassung nach Monaten gestaffelt, je nachdem, wann der Pensionsantritt erfolgt, berücksichtigt wird. Im Jänner in Pension Gehende bekommen die volle, die in der zweiten Jahreshälfte die Pension Antretenden bis zu 90% weniger Pensionsanpassung. Dass dies dem Gleichheitsgrundsatz widerspricht, haben sogar unsere RegierungsvertreterInnen einsehen müssen.

Ballhausplatz-Katakomben

Die UN-Vollversammlung hat mit 120 gegen 14 Stimmen eine Resolution für eine „sofortige humanitäre Waffenruhe“ in Gaza beschlossen. Österreich stimmte – mit Fidschi, Guatemala, Marshallinseln, Mikronesien, Nauru, Papua-Neuguinea, Tonga, den USA, Israel und einigen EU-Ländern – dagegen. Deutschland enthielt sich der Stimme.

Dieses Abstimmungsverhalten entspricht dem Auftritt Kanzler Nehammers, der eine humanitäre Waffenruhe für zwei Millionen Menschen mit der Unterstützung des Terrors der Hamas gleichsetzt. Gleichzeitig hat auch die EU für eine „humanitäre Waffenpause“ plädiert, der Österreich zugestimmt hat. Also was ist jetzt die Haltung Österreichs?

Sie schwankt jedenfalls um alles Mögliche, aber nicht um das Ziel einer Friedenspolitik, die das Überleben und das Wohl der Zivilbevölkerung in Israel und Palästina heute und auf lange Sicht als oberstes Ziel ermöglicht.

Und man kann sich auch des Eindrucks nicht erwehren, dass in dieser kritischen Situation, in der die Kriegsgefahr im Nahen Osten fast täglich zunimmt, der Nahostpolitik des ehemaligen Kanzlers Kreisky ein saftiger Tritt verpasst und ein für alle Mal in die Katakomben des Ballhausplatzes versenkt werden soll. ■

Ein Kommentar von ZVPÖ
Bundesobmann Michael Graber

Folgende **Mitglieder** sind von uns gegangen. Wir wollen ihnen ein treues **Gedenken** bewahren und den Hinterbliebenen unser **aufrichtiges Beileid** aussprechen.

Steiermark:
Groiss Adolf

Wien:
Pöpperl Johann



Horrorzahlen sollen Pensionsverschlechterungen vorbereiten

Wir haben nachgerechnet und in der letzten Nummer von *aktiv leben* die von der Regierung genannten Zahlen über die Kosten der Pensionsanpassung für 2024 in Zweifel gezogen. Genannt wurden von der Regierung 5,1 Mrd. Euro, die auf Grund der hohen Inflation von 9,7% angeblich das Pensionssystem mehr kostet. Dem steht nun die Aussage des PVA-Generaldirektors Winfried Pinggera bei einem Pressegespräch am 10. Oktober gegenüber. Dieser erklärte: „Muss die öffentliche Hand heuer 11,6 Milliarden zuschießen, werden es kommenden Jahr schon 14,1 Milliarden sein“. Das ist eine Differenz von 2,5 Mrd. Und nicht 5,1 Mrd. Euro, wie die Regierung verkündet.

Aber es geht, laut Pinggera, noch weiter: „Wer glaubt, dass die Zusatz-Milliarden, die im nächsten Jahr aufzuwenden sein werden, alleine von der jüngst beschlossenen üppigen Pensionserhöhung kommen, irrt. Nur eine davon steht damit direkt in Relation. Die übrigen ergeben sich aus dem demografischen Effekt. Immerhin die Einnahmen sind aktuell dank hoher Beitragsgrundlage hoch.“ (Zitiert aus den *Salzburger Nachrichten* vom 10. Oktober)

Warum also die große Differenz zwischen den Zahlen der Regierung und dem des PVA-Generaldirektors? Dahinter steht ein politisches Kalkül der Regierung. Diese rechnet die Mehrausgaben der Sozialversicherung, **die sich aber die Versicherten mit den Beiträgen selbst zahlen**, die Mehrkosten für die Anhebung der Beiträge für die Ausgleichszulage, die aber keine Versicherungsleistung ist, diverse andere Ausgaben und den Bundeszuschuss für die ASVG-Pensionen zusammen, also Kraut und Rüben, und verkündet damit: Seht her wie viel

Geld wir für unsere PensionistInnen ausgeben! Dabei kostet dem Staat die Pensionsanpassung laut dem Generaldirektor nur eine Milliarde und nicht fünf. Und nicht einmal diese, denn die PensionistInnen zahlen höhere Lohnsteuer und auf Grund der Inflation auch höhere Mehrwertsteuer, sodass netto real dem Staat die Pensionen nur ein paar hundert Millionen mehr kosten werden.

Den PensionistInnen aber soll mit den von der Regierung verkündeten Horrorzahlen ein schlechtes Gewissen gemacht werden wofür aber kein Anlass besteht. Für die Neos, Speerspitze der Neoliberalen, und andere „Besorgte“ ist es aber eine Steilvorlage, das Pensionssystem als unfinanzierbar darzustellen. ■

Wir trauern um Kollegin Christine Reichenberger (1936 - 2023)

Am 16.9.2023 ist Christine Reichenberger im 88. Lebensjahr verstorben.

Sie war viele Jahre ein sehr aktives und engagiertes Mitglied unserer Wiener Landesleitung und auch des ZVPÖ-Bundesvorstandes.

Mit ihrer Pensionierung 1991 wurde sie ehrenamtliche Funktionärin des Zentralverbandes der PensionistInnen, betreute den Club 23 und organisierte neben den wöchentlichen Klubzusammenkünften, zahlreiche SeniorInnen-Ausflugfahrten und Reisen.

Wir werden unsere Freundin und Kollegin in bleibender Erinnerung behalten! Unser Mitgefühl gilt Ihrer Familie.

Gedächtnisprobleme erkennen?

Dem Wort müssen Taten folgen

Heuer wurde vom Sozialministerium ein Ratgeber von Betroffenen für Betroffene zum Thema Gedächtnisprobleme und Demenzerkrankung veröffentlicht. Nahezu gleichzeitig einigte sich die Bundesregierung auf die Formulierung: „Digital vor ambulant vor stationär“, ein Grundsatz der im gesamten Gesundheitsversorgungssystem verankert werden soll.

Wie kann das mit den nun veröffentlichten Blickwinkeln der Betroffenen zusammenpassen?

Die österreichische Alzheimergesellschaft ging 2020 von rund 140.000 MitbürgerInnen aus, die an einer Form der Demenz erkrankt waren. Auf Grund der demographischen Entwicklung wird angenommen, dass sich diese Zahl bis 2050 verdoppeln wird.

Erfreulich ist, dass die Verantwortlichen auf Bundesebene seit einigen Jahren offensiv versuchen, die Betroffenen in den Umsetzungsprozess der österreichischen Demenzstrategie aktiv einzubinden.

Die nunmehr vorgelegte Broschüre *Gedächtnisprobleme? Erkennen, abklären und Hilfe annehmen* betont explizit die von Betroffenen artikulierten Bedürfnisse und Bedarfe und liefert praktische Hinweise:

- möglichst frühzeitige Abklärung
- niederschwelliger Zugang zu evidenzbasierten medizinischen und nicht-medizinischen Therapien
- Bewusstseinsbildung innerhalb der Gesellschaft für die Bedürfnisse von Menschen mit Demenz und den offenen Umgang mit der Krankheit
- Strukturen für Selbstorganisation und Selbstfürsorge
- Unterstützungssysteme für Angehörige

Personalbedarfserhebungen fehlen

Bislang bezieht sich das Ministerium nach wie vor auf den sogenannten *Österreichischen Demenzbericht* aus dem Jahr 2014. Bereits vor knapp 10 Jahren wurde unter dem Kapitel „Therapie durch andere Gesund-

heitsberufe“ darauf hingewiesen, wie wichtig therapeutische Interventionen durch ErgotherapeutInnen, DiätologInnen, MusiktherapeutInnen, LogopädInnen und andere ExpertInnen sind, um den Betroffenen relative Sicherheit bei der Bewältigung ihrer Einschränkungen zu bieten.

Es ist bezeichnend und verstörend zugleich, dass auf der Homepage des Ministeriums zusätzlich zum *Demenzbericht* aus 2014 keine gesonderten Personalbedarfserhebungen mit Blick auf die Demenzversorgung zu finden sind, die mit den damals angenommen Verdoppelungen der Fallzahlen bis 2050 korrelieren.

Es leuchtet bei der hohen Zahl an Betroffenen und Angehörigen jedem ein, dass nur flächendeckende Diagnose- und Unterstützungseinrichtungen den Bedürfnissen und den Bedarfen Betroffener gerecht werden können. Allein die Wartezeiten zu kompetenter Diagnostik präsentieren ein gänzlich anderes Bild. Sogenannte „Memory-Kliniken“ – Kompetenzzentren für Demenzversorgungsplanung – gibt es derzeit maximal in einigen Ballungszentren.

Wir vom ZVPÖ fordern seit langen für die gesundheitlichen Bedarfe der älteren Generation den massiven Ausbau einer belastbaren Versorgungsstruktur auf kommunaler Ebene, zumindest auf der Ebene der politischen Bezirke.

Ein Investitionsschub der Sonderklasse ist notwendig

Denn das, was sich die Betroffenen zu Recht erwarten und was nun in der vorgelegten Broschüre Bestätigung findet, ist vielfältig ambitioniert und erfordert einen Investitionsschub in Bezug auf die konzentrierte Ausbildung von Fachkräften und niederschweligen Unterstützungseinrichtungen. Die derzeit verfügbaren HausärztInnen mit Kassenvertrag, klinischen PsychologInnen, NeurogeriatrikerInnen, SozialarbeiterInnen, nicht medizinischen TherapeutInnen, Community-Nurses und ExpertInnen zum Erwachsenenschutz werden die von der Alzheimer Gesellschaft prog-



nostizierte Verdoppelung der PatientInnenzahl mit Sicherheit nicht in der Qualität effektiv bewältigen können, wie diese von Betroffenen in aktiver Zusammenarbeit mit den österreichischen DemenzstrategInnen hier formuliert worden ist.

Wir vom ZVPÖ stellen neuerlich fest, dass Menschen keine (Telefon-)Warteschleifen lieben, sondern menschliche Zuwendung brauchen, weil sie eben Menschen sind. Somit kann die Agenda „Digital vor ambulant vor stationär“ nur dann einen sinnvollen Beitrag leisten, wenn gleichzeitig und massiv in die Ausbildung zeitgemäßer Gesundheits- und Sozialberufe und den Aufbau zeitgemäßer Unterstützungssysteme investiert wird, in denen Menschen für Menschen sinnstiftend und effektiv handeln können. ■

Gedächtnisprobleme? Erkennen, abklären und Hilfe annehmen

Zu bestellen beim Broschürens-service des Sozialministeriums

Die Broschüre ist gratis erhältlich unter
Tel: 0043 1 71100 – 862525
<https://broschuerenservice.sozialministerium.at/>



Schlaglichter

NEOS – ein Schritt vor, ein Schritt zurück

NEOS-Nationalratsabgeordnete Karin Doppelbauer prangerte an, „dass die Stromanbieter in Österreich, obwohl sie zu 80 % staatliche Unternehmen sind, Preisreduktionen an die Bevölkerung nicht weitergeben.“

Kollege NEOS-Nationalratsabgeordneter Gerald Loacker sieht das kontraproduktiv: „Gedrückte Preise, etwa am Energiesektor, würden zu mehr Nachfrage führen und das Angebot daher verknappen.“ Da weiß offenbar die linke Hand nicht, was die rechte tut.

Aus der Parlamentskorrespondenz vom 20.9.2023



Zu Bundeskanzler Nehammers „Burger-Gate“

„Ich muss sagen, da würde es jedem sozialen Schwarzen schon am Morgen den Magen umdrehen. Es ist schon erschütternd – in alter österreichischer Tradition in abgewandelter Form natürlich – wenn sie kein Brot haben, sollen sie zu McDonalds gehen.“

Der Tiroler Arbeiterkammer-Präsident Erwin Zangerl (ÖVP) im Ö1-Mittagsjournal am 28.9.2023



Fragwürdige Schrebergartengeschäfte ahnungsloser SPÖ MandatarInnen in Wien

„Ich konnte keine rechtlichen Verstöße feststellen“, sagte SPÖ-Gemeinderätin und Landespartei-sekretärin Barbara Novak heute im Rahmen der Sondersitzung des Wiener Gemeinderats zum Thema Kleingärten.“

Presseausendung des SPÖ-Wien Rathausklubs, 16.10.2023

Zum Tag der älteren Menschen

Welche Rolle spielen ältere Menschen derzeit in der Gesellschaft?

Den meisten Menschen ist die Bedeutung älterer Menschen in der Gesellschaft nicht bewusst. Aber die Alten sind diejenigen, die die traditionellen und kulturellen Werte bewahren, die in jeder Gruppe oder Gemeinschaft vorhanden sind. Ältere Menschen verfügen über eine Fülle von Fähigkeiten und Erfahrungen, sie haben Situationen erlebt, die sich andere nicht einmal vorstellen können. Darum ist auch generationenübergreifende Arbeit eine wichtige Möglichkeit, Barrieren zwischen Gruppen von Menschen abzubauen.

Es gibt nicht zu viele Alte in Österreich, sondern zu wenig Junge

So können junge Menschen die Erfahrungen und Fähigkeiten älterer Menschen wertschätzen und umgekehrt, um ein besseres Verständnis zwischen Altersgruppen zu fördern. Senioren haben gesammelten Erfahrungen, ihr Wissen und möglicherweise ihr gutes Urteilsvermögen können der jüngeren Generation dabei helfen, wichtige Entscheidungen über ihre Zukunft zu treffen. Sie sind diejenigen, die im Laufe der Jahrzehnte Veränderungen erlebt haben und verstehen können, ob sich etwas verbessert hat oder nicht, beispielsweise bei den individuellen Rechten, der Lebensqualität und auf kommunaler Ebene.

Großeltern kümmern sich um ihre Enkelkinder

Jüngste Untersuchungen der Internationalen Labor Conference (ILC) schätzten, dass Arbeitnehmer über 50 jedes Jahr 2,5 Billionen Euro zur Wirtschaft der Eurozone beitragen, und viele ältere Menschen tragen auch indirekt zur Wirtschaft bei – indem sie sich um ihre Enkelkinder oder andere Familienmitglieder kümmern. So schafft ein Heer von Großeltern, die sich um ihre Enkelkinder kümmern, den Eltern der Kinder die Berufstätigkeit zu ermöglichen.



Seit 1990 ist der 1. Oktober
„der Tag der älteren Menschen“

Ältere Erwachsene können auch die tragende Säule vieler Familien und Haushalte sein und allen Generationen finanzielle Unterstützung, Pflege und Unterstützung bieten. Eine aktuelle Analyse der Familienrollen und -beziehungen auf der ganzen Welt ergab, dass die Hälfte der 60- und 70-Jährigen regelmäßig ein Familienmitglied unterstützen oder pflegen.

Dinge, die ältere Menschen tun und bewirken

Senioren haben zwar einen hohen Bedarf an Gesundheits- und Sozialdiensten, aber was in der Diskussion oft verloren geht, ist, welchen Beitrag Senioren zur Gesellschaft leisten. Deshalb ist es wichtig immer wieder darauf hinzuweisen welchen Wert die ältere Generation in die Volkswirtschaft einbringt. So setzt Seniorenat-Präsidentin Ingrid Korosec den jährlichen Wert allein in Österreich wie folgt fest:

- Aus dem freiwilligen Ehrenamt: 2,5 Milliarden Euro
- Aus der Angehörigenpflege: 4 Milliarden Euro
- Aus Steuern: 17 Milliarden Euro
- Aus dem privaten Konsum: ca. 50 Milliarden Euro (25% des Gesamt-konsums)

Daher ist es wichtig, dass wir die Rolle und den Wert anerkennen, den ältere Menschen in gegenwärtigen Gesellschaften einbringen und in zukünftigen spielen können. ■



ZVPO Bundesvorstand:

Umfangreiches Vorbereitungspaket für 100-Jahrfeier beschlossen

Die Bundesvorstandsitzung des ZVPO am 18.10. in Wien war geprägt von einem sehr informativen und kompetenten Vortrag von Dr. Martin Greifeneder, Richter am Arbeits- und Sozialgericht, zum Thema Pflegegeld, das eine immer größere Rolle für viele ältere Menschen spielt. Der ZVPO erhielt durch den Vortrag eine Reihe von Hinweisen, die zu einer weiteren Verbesserung des Bezugs des Pflegegelds beitragen können und denen sich unser Verband in der nächsten Zeit in seiner Zeitung „Aktiv Leben“, aber auch mit Beiträgen im Seniorenrat widmen wird.

Nach einem Bericht des Bundesarbeitsausschusses durch den stellvertretenden Bundesobmann Hans Höllisch und Berichten aus den Bundesländern stellte Bundesobmann Michael Graber erste Überlegungen für die Vorbereitung einer Festveranstaltung in Wien anlässlich des hundertsten Jahrestages der Gründung des Verbandes im Herbst 2024 und andere Vorhaben vor, die den ZVPO entsprechend in der Öffentlichkeit präsentieren werden. Es gelte möglichst viele Mitglieder und AktivistInnen aus allen Bundesländern zu erreichen und einzubeziehen. Die Vorschläge wurden einstimmig angenommen und der Bundesarbeitsausschuss mit den entsprechenden Vorbereitungsarbeiten beauftragt. ■



Der ZVPO möchte sein 100-Jahr-Jubiläum 2024 gebührend feiern.



Kommentar

Wer länger arbeitet, ist früher tot!

Neoliberale wollen das Pensionsantrittsalter weiter erhöhen, weil die Lebenserwartung steigt. Keine gute Idee, da die Lebenserwartung in Gesundheit sinkt, meint Kollege Josef Stingl im Kommentar.

Ab 2024 wird das gesetzliche Frauen-Pensionsanfalltsalter in Halbjahresstufen ausgeweitet. Zur Erinnerung: Das um fünf Jahre reduzierte Pensionsalter galt als Ausgleich für die Zweifach- und Dreifachbelastung für Beruf und Care-Arbeit. Allerdings wurde dieser Ausgleich Anfang der 90er Jahre vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben und musste über einen langen Zeitraum, der zur Beseitigung der Ungleichbehandlung von Frauen in der Arbeitswelt, Familie und Gesellschaft genutzt werden sollte, „repariert“ werden.

Die vollständige Gleichbehandlung der Geschlechter ist noch unter ferner liefen, aber trotzdem wird das Pensionsanfalltsalter erhöht. Erstmals davon betroffen sind Frauen mit einem Geburtsdatum ab dem 1. Jänner 1964 (60. Lebensjahr und sechs Monate) und ab dem Geburtsdatum 1. Juli 1968 gilt das 65. Lebensjahr als generelles Pensionsantrittsalter.

Während sich Gewerkschaft und Arbeiterkammer mit diesem faulen Deal mehr oder minder abgefunden haben und Protest dagegen ausbleibt, sehen die neoliberalen Wirtschafts-„Experten“ die Erhöhung des Frauen-Pensionsanfalltsalter als

Einstiegsdroge für eine generelle Pensionsalter-Erhöhung: Laut dem Chef des Instituts für Höhere Studien (IHS), Holger Bonin, geht es „perspektivisch“ um ein Antrittsalter von 67 Jahren.

Wie immer wird mit den steigenden Pensionskosten durch die gestiegene Lebenserwartung argumentiert. Es stimmt zwar, dass sie steigt. Allerdings ist es ebenfalls Fakt, dass der gestiegene Leistungsdruck in der Arbeitswelt krank macht und die Lebenserwartung in Gesundheit sinkt. Zwei Jahre länger arbeiten würde dies noch zusätzlich verschärfen.

Will man tatsächlich perspektivisch nur die Pensionskosten sichern, müsste schon längst die Dienstgeber-Beitragsberechnung neu organisiert sein. Weg von der Faktor Arbeit belastenden Pro-Kopf-Finanzierung, hin zu einer wertschöpfungsorientierten Beitragsberechnung.

Ein Ausgleich, der bereits bei der *Industriellen Revolution* angebracht gewesen wäre und angesichts der *digitalen Transformation* unerlässlich ist. Oder wollen wir wirklich länger arbeiten, um früher sterben zu müssen? ■

AUS DEN BUNDESLÄNDERN

Wien

Sprechstunden in Wiener Bezirksgruppen:

Beratungszentrum 2 & 22: Goethehof, 22. Bez., Schüttaustraße 1, jeden 2. Donnerstag im Monat von 14 bis 16 Uhr.

Leopoldstadt: Praterstraße 54, 1. Stock, Mittwoch und Donnerstag von 10 bis 13 Uhr, Klubnachmittag jeden ersten Montag im Monat von 14 bis 18 Uhr.

Landstraße: Baumgasse 29 – 31, jeden 1. Montag im Monat von 14 bis 15 Uhr.

Margareten: Reinprechtsdorferstraße 6, jeden 1. Montag des Monats von 17-19 Uhr. Voranmeldung erbeten unter 0676 7509571.

Favoriten: Pernersdorferhof, Troststraße 68-70 (Eingang um die Ecke Herzgasse 90). Sprechstage jeden 1. Dienstag im Monat von 17 – 18 Uhr.

Simmering: Hugogasse 8. Treffen finden jeweils jeden 2. Mittwoch des Monats von 15.00 Uhr – 17.00 Uhr statt

Meidling: Cothmanstraße 11, jeden 2. Montag im Monat von 15 bis 17 Uhr.

Wien-West: Drechslergasse 42, 1140 Wien, jeden Dienstag von 15 bis 18 Uhr. Anmeldung bitte unter: 0660 197 69 12

Donaustadt: Wurmbrandgasse 17, jeden ersten Dienstag im Monat von 14 bis 15 Uhr.

Wiener Donnerstagwanderungen

Die Wanderungen finden wöchentlich jeden Donnerstag (Feiertage sind ausgenommen) heuer **bis 14.12.2023** und im kommenden Jahr ab 11.01.2024 statt.

Die jeweiligen Treffpunkte und Ziele werden kurzfristig festgelegt und auf unserer **homepage www.zvpoe.at** unter der Rubrik Ausflüge/Wandern bekannt gegeben.



Nähere Auskünfte und Rückfragen sind auch telefonisch bei Kollegen

Werner Schütz unter 0680/5069560 möglich.

Infos über nähere Details zur Jahresabschluss-/Weihnachtsfeier der Wandergruppe werden ebenfalls auf unserer homepage bekannt gegeben.

Liesing-Atzgersdorf: Terramaregasse 17/15/R1 (Club 23), jeden Dienstag ab 15 Uhr.

Krampus- und Weihnachtsfeiern 2023:

Leopoldstadt: Mo.04.12./ 14.00h Praterstraße 54

Liesing: Mi. 06.12./ Tagesfahrt mit Weihnachtsfeier.

Di. 12.12./ab 15.00h Weihnachtsfeier im Club 23, Terramaregasse.

Floridsdorf/ Donaustadt: Di. 05.12./ ab 16.00h Krampusfeier (Wurmbrandgasse 17)

Do.14.12./ Tagesausflug Petersbaumgarten – Weihnachtsfeier mit Tombola

Niederösterreich

Sprechstage:

Brunn/Geb.: jeweils an einem Donnerstag im Monat ab 15.30 Uhr beim Heurigen Hössl, 2345 Bunn/ Gebirge, Wiener Straße 25. Nächster Termin: 30.11.2023.

Wr. Neustadt: 2700 Wr. Neustadt, Kollonitschgasse 12., nächste Termine: 16.11.2023 und 14.12.2023

Krems: Beratung und Auskünfte in Pensions- und Sozialfragen unter der Tel. Nr. 01/ 2146573

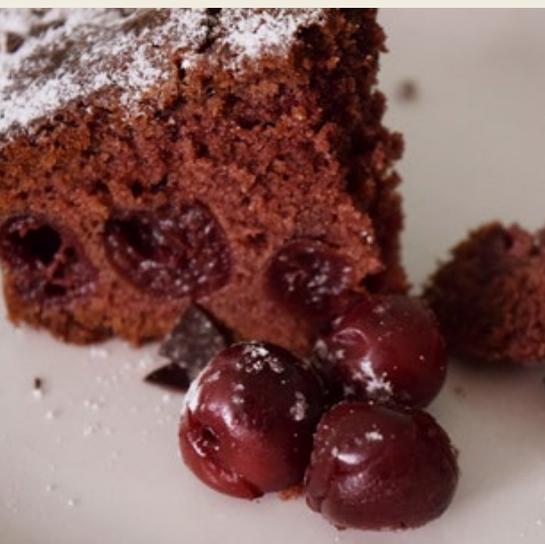
St. Pölten: Beratungen und Auskünfte des ZVPÖ jeweils am letzten



Leicht und fein gekocht

Schokoladiger Kirsch-Becherkuchen

Einen Sauerrahmbecher als Maß verwenden.



Zutaten

- 3 Eier
- 1 Becher Kristallzucker oder Staubzucker
- 1 Becher Sauerrahm
- ½ Becher Öl (Mazola oder ähnlich)
- 1 Becher Mehl glatt
- 1 Becher Benco oder Kakao
- 1 Becher geriebene Walnüsse
- ½ Packerl Backpulver
- 1 Packerl Vanillezucker
- 1 Glas Kirschen
- 1 Glas Weichsel- oder Zwetschken-Marmelade
- 1 Tafel Kochschokolade im Wasserbad erwärmen oder alternativ einfach nur Staubzucker statt Schokolade verwenden

Zubereitung

Alle Zutaten gut durchmischen, die Masse auf ein großes Backblech mit Backpapier ausgelegt, gut verteilen und im vorgeheizten Rohr langsam backen.

Backzeit ca. 40-45 Minuten, mit Heißluft bei 150°

Anschließend die Marmelade auf den ausgekühlten Kuchen streichen, die Kirschen darauf verteilen und mit der erwärmten Schokolade, oder nur mit Staubzucker überziehen.

Gutes Gelingen und guten Appetit wünscht

Kollegin Leopoldine Kutalek

Donnerstag im Monat von 16 bis 17.30 Uhr in 3100 St. Pölten, Andreas Hoferstraße 4, 1.Stock (Eingang hofseitig).

Fischamend: Beratungstermin jeweils an einem Mittwoch ab 17.00h in der Enzersdorferstraße 22. Aktuelle Termine und Informationen werden auf unserer homepage veröffentlicht.

Weihnachtsfeier 2023:

Brunn: Mi. 06.12./ Tagesfahrt mit Weihnachtsfeier (gemeinsam mit der Gruppe Liesing)

Tirol

Sprechtage:

Unsere Sprechtag finden jeweils am 1. Donnerstag im Monat um 15.00 Uhr im Restaurant Urfam, 6020 Innsbruck, Gumpstraße 41, statt.

Weihnachtsfeier 2023:

Innsbruck: Do. 07.12./ 15.30h Restaurant Urfam

Salzburg

Beratung:

Für Informationen und Fragen steht nachfolgende Telefonnummer und E-Mail-Adresse zur Verfügung: ZVPÖ Bundesleitung, Tel.: 01/214 65 73 oder e-mail zvpoe@aon.at

Oberösterreich

Sprechtage:

Linz Voest-Kleinmünchen: zu unseren monatlichen Versammlungen treffen wir uns jeden ersten Mittwoch im Monat im Gasthaus Seimayr, Steinackerweg 8, ab 14 Uhr im grossen Saal.

Oberösterreich: Treffen finden jeden letzten Montag im Monat in Linz, Melicharstraße 8 ab 15.00h statt. Beratungen sind gegen tel. Voranmeldung von 14.00 Uhr bis 15.00 Uhr möglich. Kontakt über Koll. Hans Kropiunik Tel. 06643127737

Weihnachtsfeiern 2023:

Linz: Mi. 06.12./ ab 12:00h Gasthaus Seimayr

Gruppe OÖ: Mi. 18.12./ 15.00h Melicharstraße 8, Linz



Fast 100 SeniorInnen waren beim heurigen Kollegentreffen des steirischen ZVPÖ dabei.

Burgenland

Sprechtage:

Eisenstadt: Sozialberatung und Beratung in Pensionsangelegenheiten. Vertraulich und kostenlos. Ab sofort jeden ersten Dienstag im Monat von 14 bis 16 Uhr, 7000 Eisenstadt, Hauptstraße 26/1.Stock. Telefonische Voranmeldung unter 0660-7689334 unbedingt erbeten.

Vorarlberg

Beratung:

Für Informationen und Fragen stehen nachfolgende Telefonnummer und E-Mail-Adresse zur Verfügung: ZVPÖ Bundesleitung, Tel.: 01/214 65 73 oder E-Mail zvpoe@aon.at

Steiermark

Sprechtage:

Kapfenberg: Sprechtag und Zusammenkünfte jeden ersten Donnerstag im Monat ab 14 Uhr im „Franz Bair-Heim“, Feldgasse 8.

St. Peter-Freienstein: die Info-Stammtische finden jeweils am 2. Dienstag im Monat ab 14 Uhr im Freiensteinerhof statt.

Loeben: Die Sprechstunden finden jeden 2. Monat, immer am 3. Mittwoch der Monate September und November ab 14.00 Uhr im „Gasthaus Hallodri“ in Donawitz statt.

Graz: Sprechtag Dienstag bis Donnerstag 10 bis 12 Uhr. Um Voranmeldung wird gebeten: 0316/712 480. Jeden Donnerstag ab 13 Uhr Zusammenkunft im Karl-Drews-Klub hinter dem Volkshaus.

Eisenerz: Sprechtag jeden Montag von 09.00 – 12.00 Uhr in 8790 Eisenerz, Freiheitsplatz 1.

Weihnachtsfeiern 2023:

Loeben – St. Peter Freienstein: Di. 12.12./ 15.00h Freiensteinerhof

Kapfenberg: Mi. 13.12./ 12.00h Feldgasse 8

Eisenerz: Mi. 13.12./ 12.00h Volkskeller
Graz: Do. 14.12./ 12.00h Bildungsverein Lagergasse 98a

Voitsberg: Sa. 16.12./ 11.00h Gasthaus Weber, Puchbach 92

Kollegentreffen: fast 100

SeniorInnen waren der Einladung des steirischen ZVPÖ zu ihrem jährlichen Kollegentreffen am 12. Oktober gefolgt, welches heuer am Stubenbergsee stattfand. Kollegin Silvana Weidinger begrüßte in ihrer Funktion als steirische ZVPÖ-Landesobfrau, die aus verschiedenen Teilen der Steiermark zahlreiche angereisten TeilnehmerInnen des Treffens bei einem gemeinsamen Mittagessen. Auch Bundesobmann-Stellvertreter Hans Höllisch, der an diesem Treffen aus Wien teilnahm, ergriff bei dieser Gelegenheit das Wort. Er überbrachte Grüße des Bundesvorstandes, unterstrich die Bedeutung der über viele Jahrzehnte durch unseren Verband geleisteten engagierten Interessenspolitik und stimmte die Anwesenden darauf ein, dass der ZVPÖ als älteste SeniorInnenorganisation in Österreich im kommenden Jahr den hundertsten Jahrestag seiner Gründung begehen wird.

Kärnten

Sprechtage:

Villach: Sprechtag jeden letzten Donnerstag im Monat ab 14.30h im Seniorenclub Arbeiterheim, 9500 Villach, Ludwig-Walter-Straße 29. Voranmeldungen bitte unter Telefon 0699/10073931 oder e-mail: office.kr@zvpoe.at

Klagenfurt: Sprechtag finden jeden Dienstag von 12.00 – 14.00 Uhr im Volkshaus, Südbahngürtel 24 statt. Voranmeldungen bitte unter Tel. Nr: 0664/3275763 oder e-mail: office.kr@zvpoe.at

Weihnachtsfeier 2023:

Villach: Do. 07.12./ ab 14.30h Arbeiterheim Villach

WIR GRATULIEREN

Wir bitten die Kolleginnen und Kollegen um Verständnis, dass wir infolge Platzmangels nicht alle Geburtstage veröffentlichen können. Wir gratulieren grundsätzlich vom 50. Geburtstag angefangen alle fünf Jahre, vom 80. Geburtstag aufwärts alljährlich, soweit diese Geburtstage von den Landesleitungen beziehungsweise den Ortsgruppen mitgeteilt werden. Aus Datenschutzgründen werden Altersangaben nur mehr in Ausnahmefällen veröffentlicht!

Wien

- 2. Bezirk:** Percht Rosa Maria, Stuhl Hermine
3. Bezirk: Blumencron Jaqueline, Jericha Friederike
5. Bezirk: Kienast Ernst
10. Bezirk: Mannsbart Gerhard, Entner Hildegard, Petlicka Franz, Schwaiger Hermine, Winterleitner Felix, Steindl Herbert, Graber Michael
11. Bezirk: Synek Elfie, Kubek Rosa, Stumpf Rosa, Pocta Kurt
12. Bezirk: Kobermaier Anton, Lendwich Johanna, Huemer Gerhard, Hubmann Roswitha
13. Bezirk: Valvoda Anneliese
14. Bezirk: Velas Renate
15. Bezirk: Galik Frieda, Kamesch Katharina
16. Bezirk: Neshiba Eva, Pollhammer Josef, Klappert Alfred,
19. Bezirk: Dolinsky Martha
20. Bezirk: Dvorak Helga, Magerling Kurt
21. Bezirk: Hartl Josef, Hartl Maria, Schlegeler Christine, Skopal Barbara, Steiner Grete
22. Bezirk: Fischer Ernst, Fischer Helene, Jäger Katharina, Hickl Adolf, Sohl Hilde, Delzo-Perez Anibal
23. Bezirk: Dietz Elfi, Smetana Brigitte, Eichhorn Karl, Plhak Ernst, Gutsch Roman

Niederösterreich

- Ebergassing:** Palecek Hermine
Perchtoldsdorf: Fischer Hermann
Brunn: Cserko Renate, Handschuh Renate, Hlavacek Jutta, Hofstätter Stefanie, Juricek Willibald, Kolbinger Edith, Schneider Magdalena, Tanzer Albert, Wais Otto, Polak Johann
Lilienfeld: Brodhuber Elfriede
Ternitz: Müller Josef
Wiener Neustadt: Hammer Friederike, Kalwach Theresia, Karner Theresia
Strasshof: Beran Ingeborg
Auersthal: Stadlbacher Hugo
Krems: Schodeitz Michael
Furth: Schulz Leopoldine
Wiener Neudorf: Komarek Franz
Eggendorf: Wunderl Rudolf
Lichtenwörth: Weingärtner Eleonore



- Tulbing:** Zach Erika
Kaltenleutgeben: Hondl Dorli
Leopoldsdorf: Foegel Werner
Maria Enzersdorf: Hanl Erika
Mödling: Fassl Edeltraud
Baden: Kollos Heinrich

Tirol

- Innsbruck:** Kaufmann Brunhilde, Riedmann Markus

Steiermark

- Graz:** Braunsar Inge, Brunner Gerti, Bucher Ingeborg, Fladerer Helga, Gaisch Hilde, Leber Günter, Millner Günter, Missia Maria, Ploder Ernst, Radl Etta, Rieger Anne, Rutter Irene, Salzmann Hugo, Sarpin Renate, Scherer Charlotte, Silberschneider Anton, Trummer Hannelore, Verasto Maria, Weidinger Erich, Winninger Christa, Mellacher Maria, Novak Johanna, Kindermann Ludmilla
Kapfenberg: Deschnik Elsa, Nöst Gottfried, Posch Gerlinde
Leoben: Gärtner Renate, Zellner Antonia, Puschnik Sigrid, Zotter Judith
Spital/ Semmering: Gruber Gertrude
Voitsberg: Krautgartner Helga, Rothenwender Ida, Maurer Annamarie
Gleisdorf: Hierzer Christian
Eisenerz: Cigler Irma, Dick Rudolf, Wolf Wilhelmine
Bruck/ Mur: Kantner Helene
Knittelfeld: Fritz Erwin
Langenwang: Schuller Rosemarie

Oberösterreich

- Voest-Linz Kleinmünchen:** Gruber Brigitte, Klesadl Anneliese, Stieger Marianne
Engerwitzdorf: Hann Monika

Kärnten

- Klagenfurt:** Czerny Maria, Granig Viktoria, Senger Gertrude
Wölfnitz: Jessenitschnig Inge, Sussitz Johann
Rain: Erlacher Sigberta
Krumpendorf: Kaunik Waltraud
Friesach: Vorreiter Margarethe, Höferer Wilhelm
St. Salvador: Volleritsch Thomas
St. Gertraud: Kuchar Josef
Villach: Emperger Helga, Tkalec Maria, Berger Gottfried
Latschach: Feitl Karl
Fürnitz: Nessmann Maria, Troger Ernst
Gödersdorf: Domiuschigg Max
Gummersdorf: Kleinbichler Inge
Riegersdorf: Kepold Ilse

Vorarlberg

- Klaus:** Bleier Rudolf
Dornbirn: King Franziska
Bregenz: Leimbach Bernd
Mittelberg: Schuster Sieglinde
Hirschegg: Zanetti Manfred
Göfis: Bischof Josef

Zum Jahresausklang

Das Jahr 2023 neigt sich dem Ende zu, ein Jahr in dem uns allen wieder vor Augen geführt wurde, wie wertvoll die Gesundheit jedes einzelnen von uns ist. Das Jahresende ist eine gute Gelegenheit, um innezuhalten und wieder Kraft für die kommende Zeit zu tanken und mit Zuversicht dem neuen Jahr entgegenzublicken. In diesem Sinne wünschen wir im Namen des gesamten Bundesvorstands, allen Kolleginnen und Kollegen unseres Verbandes, ein frohes Weihnachtsfest mit viel Zeit für Familie und lieben Menschen, sowie ein glückliches, friedvolles und vor allem gesundes Jahr 2024.

Im Namen des gesamten Bundesvorstands
Michael Graber (Bundesobmann),
Sylvana Weidinger und Hans Höllisch
(StelvetreterInnen), Herbert Fuxbauer
(Bundessekretär)



An uns Senioren kommt keiner vorbei!

Wenn's uns nicht gäbe, die Senioren,
was ging an Umsatz dann verloren!
Seht euch die Urlaubszentren an:
Wer füllt die Busse, wer die Bahn?
Wer steigt ins Flugzeug unerschrocken?
Wer lässt sich selbst aufs Schiff noch locken?
Mallorcas Strände wären leer,
gäb's keine Senioren mehr.

Was sonst auch immer ist und sei:
An uns Senioren kommt keiner vorbei!

Bei Ärzten gäb' es Sorgenfalten.
Wir müssen sie am Leben halten!
Wer kennt sich aus mit Rheuma – Gicht,
gäb' es die Senioren nicht.
Wer außer uns ist wirklich krank
und stapelt Medizin im Schrank?
Wer sonst füllt so auf diesem Wege
Die Kasse jeder Apotheke?
Und wer betrachtet als Geschenk
So stolz sein neues Hüftgelenk?

Die Alten sind's, ganz einwandfrei.
An uns Senioren kommt keiner vorbei!

Kein Enkelkind würd' je geboren,
gäb's nicht uns vorher, die Senioren.
Auch hier sind wir – nun mal ganz ehrlich –
Als Babysitter unentbehrlich.
Was wäre – mal beseh'n bei Licht –
Gäb's Oma und den Opa nicht?
Da gibt es gar nichts zu verhehlen:
Es würde einfach etwas fehlen.

Ja, es beweist sich immer mehr:
Auch wir Senioren sind noch wer!
Und es ergibt sich zweifelsfrei:
An uns Senioren kommt keiner vorbei!

Wer stürzt sich in den Einkaufsrummel?
Wer hat noch Zeit für einen Bummel?
Den Städten ginge viel verloren,
wenn's uns nicht gäbe – die Senioren.
Manch Kaufhaus wär' zur Hälfte leer,
sehr viele Läden gäb's nicht mehr.
Und wären wir nicht einst geboren,
gäb's jetzt 'ne Green-Card für Senioren.
Ob Kaufhaus, Bäcker – einerlei:
An uns Senioren kommt keiner vorbei!

Dass wir nicht zu entbehren sind,
das weiß inzwischen jedes Kind.
Die Altenheime – bitte sehr –
Wo kämen die Bewohner her?
Wer füllt die Räume? Wer auch immer:
Es gäbe viele leere Zimmer.
Ihr seht: auch älter und betagt,
wir sind noch überall gefragt.
Nur: Die uns Rentner so umwerben,
die wollen meistens etwas erben.
Jedoch, Senioren – da bleibt helle!
Niemals vererben auf die Schnelle!

Und gäb's uns nicht, die munt'ren Alten,
die alles fröhlich mitgestalten,
dann käm' auch niemand heut' hierher
und dieser Raum – er bliebe leer.
Es ist doch einfach zu beweisen:
Wir sind noch längst kein altes Eisen!
In diesem Sinne: Was immer auch sei:
An uns Senioren kommt keiner vorbei!

Edetraud (+) & Edgar Brandner, ZVPÖ Tirol
Copyright: 2023

Hundert Jahre ZVPÖ



Der ZVPÖ feiert nächstes Jahr seinen hundertsten Geburtstag. Unser Verband wurde in den schwierigen Jahren nach dem Ersten Weltkrieg als „Hilfsverband der Körperbehinderten und Unfallrentner“ in Wien gegründet. Der Name weist schon auf die Besonderheit der damaligen sozialen Lage hin, als es tausende Kriegsinvaliden und noch keine allgemeine Invaliden-, Kranken- und Altersversicherung gab.

Der Name des Verbandes änderte sich einige Male in den folgenden Jahren – entsprechend den jeweiligen Aufgabestellungen der Zeit zur Durchsetzung der Interessen der älteren Menschen.

Unser Verband setzte diese Tradition und Aufgabestellungen auch

nach dem Zweiten Weltkrieg (nach 1945) und ununterbrochen bis dato fort, weshalb er auch heute die älteste österreichische Seniorenorganisation ist. Viele Errungenschaften in der Sozialversicherung gehen auf Forderungen des ZVPÖ zurück und viele Verbesserungen für die älteren Generationen sind mit seinem Auftreten in der Öffentlichkeit verbunden.

Der Bundesvorstand des ZVPÖ am 18.10. beschloss dieses Hundertjahr-Jubiläum im Herbst 2024 mit einer würdigen Feier in Wien und mit möglichst vielen Veranstaltungen in den Bundesländern zu begehen. Es soll eine Festbroschüre und auch ein Videofilm über die Entwicklung und die Tätigkeit des Verbandes hergestellt werden.

In diesem Zusammenhang richten wir an unsere Mitglieder, Freundinnen und Freunde den Appell, uns historische und aktuelle Fotos aus der Verbandstätigkeit, von Zusammenkünften, Ausflügen und Reisen (möglichst beschriftet) zur Verfügung zu stellen. Wir scannen dann die Fotos ein und senden sie wieder zurück. Ihr könnt uns auch selbst gescannte Bilder als E-Mail an zvpoe@aon.at senden. ■

Spenden „100 Jahre ZVPÖ“
bitte an
ZVPÖ
IBAN: AT06 6000 0000 0783
0077

Aktiv leben – Mach mit im ZVPÖ!

Der **ZENTRALVERBAND DER PENSIONISTINNEN UND PENSIONISTEN ÖSTERREICHS – ZVPÖ** versteht sich als Interessensvertretung aller Seniorinnen und Senioren. Wir sind ein überparteilicher Verband und lassen uns ausschließlich von den Interessen der älteren Generation und von keiner Parteipolitik leiten.

Der Zentralverband der Pensionistinnen und Pensionisten Österreichs ist mit Expertenstatus beim Österreichischen Seniorenrat vertreten.

MITGLIED WERDEN IST NICHT SCHWER, ...

Wir nehmen kritisch zu allen Fragen Stellung, die die Interessen der älteren Generation berühren. Wir engagieren

uns für eine fortschrittliche Entwicklung in den gesetzlichen Bestimmungen der Sozialversicherung und gegen alle Versuche, die soziale Sicherheit in Österreich zu verschlechtern.

Neben unserer Beratungstätigkeit tragen unsere vielen Verbandsaktivitäten (Zusammentreffen, Veranstaltungen, Museums- und Ausstellungsbesuche, Wanderungen, Ausflüge und Reisen) zu einer aktiven, abwechslungsreichen und gemeinsamen Freizeitgestaltung bei.

Wir freuen uns über jede/n, die/der uns näher kennenlernen will! Eine Möglichkeit dazu bietet auch der obenstehende Abschnitt.

... HILFT UNS UND DIR ABER SEHR

aktivLEBEN

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:
„aktiv leben“ • Organ des Zentralverbandes
der Pensionistinnen und Pensionisten
Österreichs • Gegründet 1924

Herausgeber und Verleger:
Zentralverband der Pensionistinnen und
Pensionisten Österreichs.
Redaktion: 1020 Wien, Praterstraße 54/8a
Tel.+Fax: 01/214 65 73,
E-Mail: zvpoe@aon.at. Fotos: Archiv.
Grafik und Herstellung: typothese.at

P.b.b. – Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1020 Wien Z-Nr.: GZ 02Z030662M
Retouren an ZVPÖ, Praterstraße 54/8A, 1020 Wien